

Sächsische Vorkzeitung und Sächsische Landzeitung

Verlags-Redaktion: Amt Dresden Nr. 31302
Verlag: Sächsische Druck- und Verlagsanstalt Hermann Dörner & Co., Dresden-Dölitzsch

mit Loschwitzer Anzeiger

Postamt: Postamt Dresden, Postfach 1000
Postfach-Nr.: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das sächsische Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bismarck, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpfortitz, Hofpfortitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Sächsische Druck- und Verlagsanstalt Hermann Dörner & Co., Dresden-Dölitzsch. — Verantwortlich für den Inhalt: Eugen Werner, beide in Dresden.

Anzeigen werden die 6spaltige Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4spaltige Zeile mit 30 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Nachdruck und schwierigen Charakteren werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Voreinzahlung gebracht. Abkündigungstermin: 8. verpfl. Zahlung, Mietsch. Kontrakt d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
XI. Jahrgang

Nr. 17

Mittwoch, den 21. Januar

1925

Die erste Rednergarnitur marschiert auf

Scharfer Zusammenstoß zwischen Breitscheid und dem Nationalsozialisten Henning. — Die Regierungsparteien stellen geschlossen den Antrag, das Regierungsprogramm zu billigen. — Die Kommunisten reichen einen Mißtrauensantrag ein.

Deutscher Reichstag

8. Sitzung vom 20. Januar 12 Uhr mittags.
Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der ersten Beratung der Reichshaushaltpläne für 1924 und 1925.

Herr Dr. Breitscheid (Soz.): Der neue Reichstagler gleich mit seiner ersten Erklärung dem Schicksal der Nation aus der Fremde. Er teilt jedem eine Gabe, dem Blumen, dem Früchte, aus aber er hat sie wenigstens versprochen. Die Lage der Regierung ist so, daß sie nicht von vornherein irgendwas anrichten darf. Dieses Regierungsprogramm bietet an sich wenig Anknüpfungspunkte, aber man kann es nicht betrachten losgelöst von der Entscheidung über die Regierung und von den Persönlichkeiten, für die die Erklärung abgegeben worden ist.

Ein solches Programm der mittleren Klasse hätte auch Herr Marx verkünden können. In dieses Programm kann gemeint, dann versteht man nicht, warum Herr Marx nicht dabei war.

Dann ist die Krisenmacher der letzten Monate erst recht ein Vordere am Reich. Dieses Kabinett ist entstanden aus dem Streben der Volkspartei nach dem Bürokraten, für den Herr Stresemann, kurz vorher noch der Held der großen Koalition, gekämpft hat mit einer Konjunktur, die sonst nicht gerade eine glänzende Seite ist. (Hinterher.) Wenn er die Erwartung auspricht, die Deutschnationalen würden als Teilnehmer an der Regierung umlernen, so scheint es eher, daß Dr. Stresemann sich nicht hat, wohl, und die Deutschnationalen nach wie vor alles absehen, was unter Marx geschehen ist. In der Haltung des Zentrums scheint es mir, daß der Wiederherstellung der Weimarer Konstitution, (Aber rechts.) Sie wollen wieder an die Furcht (Aber rechts.) Ich rede Sie (nach rechts) noch einmal von der Furcht (Aber rechts) (Sehr gut links.) Der berechnete Protest gegen die Weimarer Konstitution der Köhler ist offenbar von den Parteien der Reichstag nicht ernst gemeint gewesen, denn im Reichstag haben sie den Saal verlassen, als der sozialistische Ministerpräsident seinen Protestrede hielt. Wir Sozialisten betrachten die Fortsetzung der Weimarer Konstitution als einseitigen mitgeteilt wurden. Wir waren die offizielle Seite ab. Andererseits darf man aber nicht von vornherein alle Beschwerden der Mitglieder für unbegründet erklären. (Aber rechts.) Zunächst ist der Entschluß ein Vorwand für die verfassungsmäßigen Vorarbeiten geliefert worden durch den hindlichen Antrag, der mit den Deutschnationalen bei der Reichstagler gerichtet wurde. Das wurde der Reichsminister nicht dulden. (Aber rechts.) Herr Henning (Nationalsoz.) ruft: Sie reden Sie diese Rede von Frankreich? (Aber rechts.) Herr Breitscheid ruft gegen den Abg. Henning: Sie Lump! Viele Sozialdemokraten haben erwidert rufen Henning das ist ja. Auf eine Frage des Präsidenten über die Bekanntheit des Abg. Henning zu dieser Frage er erhält dafür einen Verweis. Auf sein Verlangen erhält auch Dr. Breitscheid einen Verweis. Er antwortet darauf: Es tut mir leid, wenn die Ordnung des Hauses verstoßen zu haben, aber wenn bestimmte Fragen an mich gerichtet werden, dann kann man nicht in parlamentarischer Form antworten. (Beifall links.)

Im weiteren Verlauf seiner Rede wagt Breitscheid dringend vor einem Hofkrieg mit Frankreich. Er würde das Kabinett derzeit ablehnen. Wir wünschen volle Klärung und Verfolgung der jüngsten Finanzkrisis. Der ganze Apparat der im Falle Barmer aufgegeben wurde, in Verbindung mit der elementaren Information der Presse erweist den Anschein als wollte man hier die Republikaner bloßstellen, wie man in dem ganz ungenügenden Wogdenburger Urteil den Reichspräsidenten herabsetzen wollte. Wenn Mißtrauensanträge unserer Partei irgend etwas nachweisen werden kann so werden wir gut die Bitte zu halten müssen.

Der Kampf gegen die preußische Regierung

Ein deutschnationaler Vertrauens- und ein deutschnationaler Mißtrauensantrag

Im Preussischen Landtag betonte gestern der deutschnationale Redner, die Opposition werde nicht mit sich spielen lassen. Alle Folgen, die aus einer Fortführung des Konfliktes zwischen den Parteien, kämen auf das Haupt des Ministerpräsidenten Braun. Die Deutschnationalen würden das System Braun-Zerowing dahin bringen, wohin es gehöre. Ein in die Form eines Vertrauensantrages gefasster Mißtrauensantrag der Deutschnationalen und Deutschvölkischen war eingegangen, der sich auf Artikel 57 der preussischen Verfassung bezieht. Es ist anzunehmen, daß die Ablehnung dieses Antrages, gegen den sich die Reichsregierung nicht zu wehren wird, die als indirekter Mißtrauensantrag gegen die jetzige Regierung angesehen werden kann. In der weiteren Aussprache betonte der Zentrumsdirektor Dr. Oeb, daß die Zentrumspartei noch heute

auf dem Boden der Koalitionspolitik stehe und das Verhalten der Deutschen Volkspartei für sie völlig unverhandlich sei. Die Debatte wird morgen fortgesetzt. Neben dem gemeinsamen mit den Völkischen eingebrachten, oben mitgeteilten Antrage haben die Deutschnationalen allein folgenden Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen: Der Ministerpräsident, der Minister der Finanzen und für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Braun, der Minister des Innern Zerowing und der Minister für Handel und Gewerbe Zerowing besitzten nicht das Vertrauen des Preussischen Landtages. Der Sinn dieser beiden deutschnationalen Anträge ist natürlich darin zu erblicken, daß die Deutschnationalen auf alle Fälle eine Entscheidung über das Kabinett Braun herbeiführen wollen. Sie rechnen mit der Möglichkeit, daß der zweite Antrag abgelehnt wird und wollen für diesen Fall durch die Ablehnung des ersten Antrages den Sturz des Kabinetts Braun unter allen Umständen herbeiführen.

Präsident Eöde teilt mit, daß von den Deutschnationalen der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Sozialistischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei ein Antrag eingebracht sei: Der Reichstag wolle die Erklärung der Reichsregierung von den Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt werden. In denen der Reichstag die Mißtrauensanträge ablehnen wird. Herr Graf Bethow (Soz.). Wir haben dem Reichstag die Erklärung gegeben, daß ein Mißtrauensantrag nicht gemacht werden wird. (Beifall links.) Es war nur durch welches Entgegenkommen von unserer Seite durch

aus dem Boden der Koalitionspolitik stehe und das Verhalten der Deutschen Volkspartei für sie völlig unverhandlich sei.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt. Neben dem gemeinsamen mit den Völkischen eingebrachten, oben mitgeteilten Antrage haben die Deutschnationalen allein folgenden Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen: Der Ministerpräsident, der Minister der Finanzen und für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Braun, der Minister des Innern Zerowing und der Minister für Handel und Gewerbe Zerowing besitzten nicht das Vertrauen des Preussischen Landtages.

Der Sinn dieser beiden deutschnationalen Anträge ist natürlich darin zu erblicken, daß die Deutschnationalen auf alle Fälle eine Entscheidung über das Kabinett Braun herbeiführen wollen. Sie rechnen mit der Möglichkeit, daß der zweite Antrag abgelehnt wird und wollen für diesen Fall durch die Ablehnung des ersten Antrages den Sturz des Kabinetts Braun unter allen Umständen herbeiführen.

schwere Opfer unserer Ansprüche möglich (Erzähltes Eöde links.) Das Ergebnis der neuen Regierungsbildung beschränkt und nicht vollkommen. Es ist ein Anzeichen, ein erster Schritt in Richtung einer endgültigen und befriedigenden Lösung. (Großer Beifall links.) Der kleine Anteil an der Regierung entspricht nicht der Tatsache, daß vor die weitaus stärkste Regierungspartei sind. (Beifall links.) Wir hätten ein direktes Vertrauensvotum gewünscht im Einklang mit dem Reichstagler und der Deutschen Volkspartei. Leider hat sich das Zentrum diesem Gedanken verweigert. Wenn damit durch eine weitere Verbindung zum Ausdruck gebracht werden soll so verlangen wir das gleiche Recht für uns nicht voll gebunden und verantwortlich zu sein. (Aber rechts links.)

Politik legen wir den entscheidenden Wert darauf, daß auch die anderen Parteien ebenso wie wir die Annahme der Billigungsverordnung in voller Selbstlosigkeit annehmen. (Aber rechts.) Der Redner erklärt dem Zentrum, daß sein Vertrauen in die Galtbarkeit und Brauchbarkeit dieses Regierungskabinetts im Reiches wesentlich davon abhängen werde, ob das Zentrum in Preußen an dem Bündnis mit Braun und Zerowing festhalten wolle. (Beifall links.) Auch schließlich bedeuete eine sozialistische Regierungsbildung in Preußen schwere Demutnisse für die von der neuen Regierung beabsichtigte soziale Arbeit im Reiches. (Großer Beifall links.) (Beifall rechts.) Nur der Umstand, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen Schuster an mit den Deutschnationalen stehe, habe es diesem Absehn ermöglicht, am Kabinett Oeb teilzunehmen.

Kein Politiker zweifelt daran, daß nach der Aufdeckung des Korruptionsskandals eine Neuwahl für die Rufe endgültig verhängt sein würde. (Beifall links.) Die bevorstehende Reichspräsidentenwahl werde die Vorarbeiten bestimmen. Begründungswert sei der Entschluß, der für die Deutschnationalen während war, endlich zu sozialer Arbeit zu kommen. Wenn die Sozialdemokratie Unabwiesbarkeit wäre, könne der Reichstag durch soziale Arbeit leisten. Begründungswert sei auch das Bekenntnis zur christlichen Grundlag unserer Kultur. (Beifall rechts.) Wir erkennen keine Sonderheit und Reichlichkeit des öffentlichen Lebens wiederhergestellt werden. Zu den Aufgaben des Innenministeriums gehöre

besonders die bessere Beachtung der liberalistischen Rechte der Bundesstaaten und die Befreiung und Förderung der nationalökonomischen Bewegung. (Beifall links.) Die deutsche Regierung könne sich nicht durchsetzen, wenn nicht dahinter ein harter Wille des ganzen Volkes stehe, der Wille zur Macht des Staates (Beifall links.) Der eine Folge sei eines jeden nationalen Willens, der darauf gerichtet ist, Nation und Reich von Schmach und Anarchie zu befreien. (Beifall.) Präsident Eöde ruft den Abg. Bethow nachdrücklich zur Ordnung, weil er auf einen Zusatz des Abg. Dittmann (Soz.) mit einem scharfen Ausdruck erwiderte. Wegen gegenwärtiger Anwesenheit zwischen Abg. Graf Bethow und dem Abg. Lubitz (Soz.) werden beide zur Ordnung gerufen.

Abg. Bethow (Soz.) verliest eine lange Erklärung der Zentrumspartei, in der sie betont, sie habe immer das Ziel verfolgt, alle zu verantwortlichen politischen Aufgaben auf dem Boden der Reichsregierung zu lösen. Trübe in preussischer Politik zusammenarbeit heranzuführen und so die Grundlage für eine starke Regierung zu schaffen. Diesem Ziel stehe ihr Eintreten für den Gedanken des Volkseinkommens und für die große Koalition. (Beifall links.) Die Gründe, die nicht nur zu verantwortlichen, sondern auch die Gründe einer neuen Regierung zu veranlassen. (Beifall links.) Die im gegenwärtigen Kabinett verwirklichte Politik entspricht nicht den Grundgedanken und tatsächlichen Anforderungen, die an eine auf Dauer berechnete Regierung gestellt werden müssen.

Die Fraktion tritt in diese neue Regierungsperiode ein mit ernsten Sorgen für die weitere Behaltung der Einheit Deutschlands. Diese Sorge wird vermehrt durch die erste außenpolitische Krise, der wir mit einer neuen noch nicht erprobten Regierung gegenüberzutreten müssen.

Der Amtsantritt dieser neuen Regierung wird in den weitesten Volksteilen besonders im besetzten Gebiet mit wachsender Sorge betrachtet. Die Fraktion erwartet, daß der neue Reichskanzler außenpolitischen Kurzes fortzuführen und einhalten. Das gilt nicht nur für die Außenpolitik, sondern auch auf unsere Voraussetzungen verfassungsmäßiger, wirtschaftlicher und sozialpolitischer, sowie kultureller Art. Die Fraktion lege den größten Wert auf die Verwirklichung des Reichskanzlers und auf die Aufrechterhaltung des Befehlsbefehls. Von dem Maße der Erfüllung aller dieser Voraussetzungen und Forderungen werde in Zukunft die parlamentarische Zustimmung der Zentrumspartei an der gegenwärtigen Regierung abhängig sein. Die Fraktion wird die Regierung nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen. Trotz schwerem Bedenken ist sie geneigt, auf Grund der Regierungserklärung das neue Kabinett seine Arbeit beginnen zu lassen.

Abg. Dr. Schulz (D. Sp.): Wir begrüßen das neue Kabinett einmal deshalb, weil unter Doll endlich einmal eine verantwortliche Regierung bräuhet (Beifall links links.) Sie sind in der Beziehung an den Reichstag, dann auch, weil dieses Kabinett sich im Gegensatz zu dem vorigen unter dem auch von uns hochverehrten Kanzler Marx auf eine feste und sichere Mehrheit stützt. (Beifall links.) Auch wir werden die Taten der Regierung abwarten. Das ist kein Mißtrauensvotum, sondern entspricht dem heute dem neuen Kabinett gegenüberstehenden Vertrauensmännersystem. In der Außenpolitik wünschen